

Staatsminister Bernreiter unterstützt Wasserstoff-Pionier in Vilshofen



Beim Rundgang durch die Produktionshallen: Geschäftsführer Bernhard Wasner (von links), Staatsminister Christian Bernreiter und Inhaber und Geschäftsführer Josef Paul. –Foto: Scholz

Vilshofen

„Der Bund muss endlich zu Potte kommen“: Das machte Christian Bernreiter, Staatsminister für Wohnen, Bau und Verkehr am Donnerstag in Vilshofen (Landkreis Passau) bei seinem Besuch der Paul Nutzfahrzeuge GmbH deutlich.

Er kam auf einen Hilferuf des Unternehmens, das sich [auf wasserstoff- und batteriebetriebene Lastwagen spezialisiert](#) hat. Die Paul Group könnte voll loslegen. Erst kürzlich hat sie mit der Eigenentwicklung des PH2P, einem mittelschweren Lkw (24 Tonnen), der auf einem Daimler-Truck „Atego“ basiert, für Furore gesorgt. Die Nachfrage wäre gegeben.

Der Haken: [Förderprogramme laufen nur zäh an](#). Außerdem wartet das Unternehmen auf Ansagen des Verkehrsministeriums. Denn wasserstoffbetriebene Lastwagen seien 90 Zentimeter länger, da die Tanks hinter der Fahrerkabine angebracht werden und man im Laderaum keinen Platz einbüßen wolle, wie Geschäftsführer Bernhard Wasner erklärte. Eine entsprechende Zulassung werden laut Wasner ebenso für elektrobetriebene Lkw benötigt. Denn diese seien schwerer als herkömmliche Lastwagen.

Unterstützung zugesichert

Christian Bernreiter sicherte seine Unterstützung zu: „Brennstoffzellen- und Batterie-Antriebe sind zukunftsweisende Möglichkeiten, Lastwagen klimafreundlich anzutreiben. Aktuell wird der uneingeschränkte Einsatz dieser Fahrzeuge durch straßenverkehrsrechtliche Bestimmungen verhindert. Bayern wird sich im Sinne der Förderung alternativer Antriebe beim Bund und den anderen Ländern dafür einsetzen, die entsprechenden Vorschriften zu lockern.“

Bernreiter sieht bei der Überlänge der Lastwagen „überhaupt kein Problem“. „Das gehört alles normiert und vorangetrieben – und das ist große Aufgabe des Bundes, der Vorgaben hinsichtlich der Einsparung von CO₂ vorgibt“, sagte er.

Dass eine „Anschubfinanzierung“ zugesagt, aber nicht ausbezahlt wurde, sei für ihn „völlig unverständlich“. „Die Unternehmen brauchen Planungssicherheit“, so Bernreiter. Er versicherte, das Thema bei der kommenden Verkehrsministerkonferenz aller Bundesländer mit dem

Bundesverkehrsministerium zur Sprache zu bringen.

Quelle: plus.pnp.de –*Katja Elsberger*

Mehr im Vilshofener Anzeiger vom 24.02.2023 oder unter [PNP Plus nach einer kurzen Registrierung](#)